

## Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Finanz- und Personalausschuss</b>	11.12.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

### **Personelle und stellenplanmäßige Umsetzung der HSK-Maßnahmen des Dezernates 5 zur Reduzierung von Sozialaufwendungen durch Einsatz von zusätzlichem Personal im Umfang von 13 Stellen**

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

#### Sachverhalt:

Im Rahmen des HSK 2010-2014 werden vom Dezernat 5 sechs Maßnahmen durchgeführt, mit denen das Ziel verfolgt wird, durch den Einsatz von zusätzlichem Personal (13 Stellen) eine effektive Steuerung der Sozialaufwendungen zu gewährleisten und diese damit zu reduzieren. Dafür wurde, nachdem der Rat der Stadt den Doppelhaushalt 2010/2011 und das zugehörige HSK beschlossen hatte, im Laufe des Jahres 2011 befristet entsprechendes Personal bereitgestellt.

Nach Vorlage eines Berichtes zur erfolgreichen Umsetzung dieser Maßnahmen durch die Stadt teilte die Bezirksregierung am 21.12.2011 mit, dass aufgrund des Berichtes "keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Ausweisung dieser Stellen im Stellenplan für das Jahr 2012" bestanden. Da die einzelnen HSK-Maßnahmen jedoch überwiegend erst im Laufe des Jahres 2011 begonnen werden konnten und insofern noch keine nachhaltig gesicherte Datengrundlage über den monetären Erfolg der Maßnahmen vorlag, bat die Bezirksregierung darum, die Erprobungsphase zu verlängern und die Arbeitsverträge für die beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunächst für ein weiteres Jahr zu verlängern. Gleichzeitig bat die Bezirksregierung darum, ihr über das abschließende Evaluierungsergebnis rechtzeitig vor Ablauf der erneuten Befristung zu berichten.

Im Hinblick auf diese Verfügung der Bezirksregierung sah die Verwaltung im Verwaltungsentwurf des Stellenplanes 2012 die genannten 13 Stellen als Mehrstellen vor, die nach entsprechender Beratung in den Fachausschüssen und den Schlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss so vom Rat am 05.07.2012 mit der Verabschiedung des Haushaltes 2012 einschließlich Stellenplan beschlossen wurden. Die Befristung der betroffenen Arbeitsverträge wurde beibehalten und entsprechend der Bitte der Bezirksregierung um ein weiteres Jahr, in der Mehrzahl der Fälle bis zum 28.02.2013, verlängert.

Mit Bericht vom 24.08.2012 wurde der Bezirksregierung das erbetene Evaluierungsergebnis zum Stichtag 31.07.2012 übersandt (Eingang bei der Bezirksregierung am 05.10.2012), mit dem der erfolgreiche Verlauf der HSK-Maßnahmen (vgl. im Einzelnen die Informationsvorlage Nr. 5088/2009-2014 für den Jugendhilfeausschuss und den Sozial- und Gesundheitsausschuss) erläutert wurde.

Mit Verfügung vom 10.10.2012 teilte die Bezirksregierung daraufhin mit, sie habe "aufgrund des ... erfolgreichen Verlaufs der überwiegend von der Gemeindeprüfungsanstalt ... empfohlenen Maßnahmen ... gegen die unbefristete Beschäftigung des zusätzlich eingestellten Personals keine Bedenken."

Gleichzeitig bat die Bezirksregierung die Stadt, "im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung weiterhin die Entwicklung ... im Blick zu behalten, um ggfls. eine Anpassung des Einsatzes bei sich ändernden Rahmenbedingungen vornehmen zu können."

Darauf hin bereitete die Verwaltung die Entfristung der genannten Arbeitsverhältnisse vor. Diese Entfristung ist im Interesse der Weiterführung der erfolgreichen HSK-Umsetzung notwendig, da sich die eingearbeiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sonst bei der Arbeitsagentur arbeitssuchend melden müssten und sich anderweitig orientieren würden.

Das Controlling für die HSK-Maßnahmen läuft sowohl im Dezernat 5 als auch im Rahmen des zentralen HSK-Berichtswesens durch das Dezernat 1 weiter. Sollte sich dabei ergeben, dass sich der Personaleinsatz für die genannten Maßnahmen (ggf. teilweise) nicht mehr "lohnt", wären von der Verwaltung entsprechende Stelleneinsparungen für den dann nächst erreichbaren Stellenplan vorzuschlagen. Eine Anbringung von kw-Vermerken an den genannten Stellen ist deshalb aus Sicht der Verwaltung entbehrlich.

Die Verfügungen der Bezirksregierung sind als Anlagen beigefügt.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Löseke  
Stadtkämmerer